

Objektyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **15 (1935-1936)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.05.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- JULI 1936 -- HEFT 11

## Partei und Wehrfrage

Von Ernst Nobs

In Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916) haben sich, während Europas Völker im Weltkrieg standen, die sozialistischen Kriegsgegner vieler Länder vereinigt, um in allen Ländern eine gleichgerichtete Propaganda zu entfalten, mit dem Ziel, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Erst gegen das Ende des Krieges und später, das heißt, nachdem das revolutionäre Rußland die Feldzüge der zaristischen Konterrevolution erfolgreich abgewehrt hatte, ergab sich der Großzahl der Sozialisten ein Ueberblick über das Militärproblem in seiner Gesamtheit. Den Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, das heißt die Politik des Burgfriedens, der Preisgabe der Interessen der Werktätigen, die Unterordnung der Politik der Arbeiterklasse unter die Politik imperialistischer Eroberung, wie sie die Arbeiterfraktionen mancher Parlamente betrieben, lehnten wir Anhänger von Zimmerwald und Kienthal entschieden ab. Als Bundesgenossen hatten wir am Parteitag von 1917 auch die Sozialpazifisten an unserer Seite, die grundsätzlichen Gegner einer jeden militärischen Gewaltanwendung. Die Auffassungen klärten sich erst, als das Beispiel Rußlands zeigte, wie nach dem Ende des Weltkrieges das vom Joch des Zarismus befreite Land sich militärisch zur Wehr zu setzen hatte gegen die Armeen, welche die Anhänger der alten Ordnung im Ausland mit der Unterstützung westeuropäischer Mächte gegen Rußland mobilisierten, um ihm seinen Zaren zurückzugeben.

Dieses große geschichtliche Beispiel zeigte, daß wir als Sozialdemokraten, mögen wir Krieg und Militarismus noch so sehr verabscheuen und ihre endliche Austilgung herbeiwünschen, nicht den Wunsch haben können, daß antikapitalistische Staaten abrüsten und wehrlos werden und damit jedem konterrevolutionären Putsch zum Opfer fallen. Wir wünschen nicht, daß Rußland abrüste, solange nicht die Voraussetzungen für wirksame kollektive Sicherheit in Europa und Asien geschaffen seien. Wir wünschen nicht, daß jene demokratischen Staaten abrüsten, die Teilhaber und Garanten der kollektiven Sicherheit sind oder es sein werden, solange die Abrüstung nicht eine allgemeine und gleichmäßige sein kann. In diesem Sinne wollen und dürfen wir keine